Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 560 — Jahrgang 212

Bezugspreis: Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6,00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig 20512

Morgen-Ausgabe
Dienstag, 11. November

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Di. 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saal

Neueste Tagesnachrichten

* Die Berliner Metallarbeiter haben sich für die Wiederaufnahme der Arbeit entschlossen.

* Nach einem Telegramm aus London werden alle deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen aus Indien Anfang Dezember nach Deutschland zurückkehren.

* Präsident Masaryk unterzeichnete gestern mittag die Friedensverträge in Prag, womit die Ratifikation endgültig vollzogen ist.

* Die tschechische gesamte Beamtenschaft hatte beschlossen, gestern in den Streik zu treten.

Millerand Clemenceaus Nachfolger

Eigene Drahtmeldung der „H. Z."

Genf, 10. November.

In gut informierten politischen Kreisen von Paris wird bestätigt, daß Millerand zu Clemenceaus Nachfolger ausersehen wird, wenn sich die Regierungsmehrheit für ihn erklärt.

Der neue deutsche Protest

Die deutsche Note zur Auslieferung der Kriegsgefangenen.

Die deutsche Regierung hat im Laufe des Jahres wieder und wieder Protest gegen die unrechtmäßige Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen erhoben, bisher — in Frankreich — ohne Erfolg. Obwohl Frankreich die Rücksendung sofort nach der Ratifizierung des Friedensvertrages in Aussicht gestellt hatte, hat es dennoch sein Wort nicht gehalten. Daraufhin hat die deutsche Regierung eine neue Note in Paris überreichen lassen, auf die wir bereits in der gestrigen Abendausgabe hinwiesen und die wir jetzt im Wortlaut wiedergeben:

„Herr Präsident!

Am 29. August d. J. wurde durch eine amtliche Veröffentlichung der Agentur Havas mitgeteilt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen sich entschlossen hätten, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages, soweit er den Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen betrifft, vorzudatieren. Hinzugefügt war, daß die Vorbereitungen zum Rücktransport unverzüglich beginnen würden.

Die Heimbeförderung der in amerikanischer, belgischer, englischer und italienischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen hat seit dieser Zeit eingesetzt. Sie hat im allgemeinen einen normalen Verlauf genommen, während sich gleichzeitig, wenn auch infolge des bestehenden Mangels an Schiffsraum nur langsam, die Rückkehr der Deutschen aus der Kriegsgefangenschaft in überseeischen Ländern vollzieht oder vorbereitet.

Die französische Regierung allein versagt den deutschen Kriegsgefangenen die Freiheit. Sie hat sich zwar auf Drängen der deutschen Regierung und auf die warme, rein menschlichen Empfindungen entspringende Fürsprache des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zu der Erklärung verstanden, daß die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen unmittelbar nach der Ratifikation des Friedens durch Frankreich beginnen solle. Frankreich hat ratifiziert. Der Friedenszustand für Frankreich ist durch amtliche Erklärung hergestellt und damit der Zeitpunkt für die Erfüllung der Zusage gekommen. Noch immer aber warten die deutsche Regierung und das deutsche Volk auf die Rückkehr der Gefangenen, ja sogar auf eine auch nur annähernde Angabe über den Zeitpunkt, wann darauf gerechnet werden kann.

Auf niemanden können diese Leiden von über 400 000 Menschen, die zum Teil seit langen Jahren das bittere Los der Gefangenschaft tragen, ihren tiefen Eindruck verfehlen. Der zweite Winter seit dem Aufhören der Feindseligkeiten rückt mit seiner Härte und Entbehrung heran. Die in den Lagern Frankreichs zurückbleibenden Gefangenen haben ihre glücklicheren, aus amerikanischer, belgischer und englischer Gefangenschaft der Freiheit zurückgeführten Kameraden an sich vorbeiziehen sehen müssen, ohne selbst auch nur einen schwachen Ausblick auf die Stunde ihrer Befreiung zu erhalten.

Ein Werk der Zermürbung und Zermarterung an Seele und Körper ist an vielen Tausenden in den seit Abschluß des Waffenstillstandes vergangenen Monaten in täglicher Erwartung des Friedens vollendet worden und fordert mit jedem Tage neue Opfer. Wer sich nicht mit eigenen Augen davon überzeugen konnte, braucht nur die Briefe der Gefangenen zu lesen, aus denen in ergreifender Weise die endlose Qual enttäuschter Hoffnungen spricht.

Man darf sich über die unheilvollen Wirkungen nicht täuschen, die diese Zurückhaltung der Gefangenen in Frankreich für das Schicksal des deutschen Volkes mit sich bringt. Die zahlreichen Vertreter Frankreichs, die sich jetzt in Deutschland befinden und Gelegenheit haben, die Stimmung im Lande zu ermitteln, können die französische Regierung darüber nicht in Zweifel gelassen haben, daß die weit über die Kreise der Angehörigen der Kriegsgefangenen hinaus im ganzen deutschen Volke herrschende Erbitterung über die Hinauszögerung der Heimschaffung der Kriegsgefangenen aufs äußerste gestiegen ist.

Das deutsche Volk kann die Haltung der französischen Regierung, die es als grausame Härte empfindet, nicht verstehen. Die Sorge, die Deutschland nicht zur Ruhe kommen läßt, wächst ständig, da es sich von Monat zu Monat in der Hoffnung auf Wiederkehr seiner Söhne getäuscht sieht. Die deutsche Regierung fürchtet diese Entwicklung um so mehr, als gleichzeitig die innere Gesundueng des Volkskörpers durch schwerste wirtschaftliche Krisen in Frage gestellt ist. Ein Volk, an dessen Körper durch Zurückhaltung der Kriegsgefangenen eine der schwersten Wunden künstlich offen gehalten wird, vermag nach all dem Schweren, was es erdulden muß, in der Tat nicht mehr diese Neubelastung zu ertragen. Sie muß unausbleiblich zu einer Lähmung der Kraft führen, deren das Volk nicht nur für seinen eigenen Bestand, sondern auch für seine Mitarbeit an dem gemeinsamen Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten materiellen und geistigen Wert so notwendig bedarf.

In der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen, die in ihrer Folge weit über die Grenzen des Landes hinausreicht, erblickt die deutsche Regierung eine schwere Gefahr. Sie hält es für ihre Pflicht, hierauf mit tiefstem Ernst und feierlich vor aller Welt hinzuweisen.

Die deutsche Regierung muß noch auf folgendes aufmerksam machen.

Seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages und schon vor seinem Inkrafttreten hat sich die deutsche Regierung bis an die Grenze des Möglichen bemüht, den schweren Friedensbedingungen zu entsprechen. Sie hat sich sogar über diese Bedingungen hinaus zu weitgehendem Entgegenkommen bereit gefunden, nachdem von autorisierter französischer Seite ihren Vertretern ausdrücklich versichert worden war, daß ein solches Entgegenkommen auf die Frage der Heimbeförderung der Gefangenen einen günstigen Einfluß haben werde. Mit vollem Recht glaubt die deutsche Regierung erwarten zu können, daß die französische Regierung die Kriegsgefangenenfrage, die nur noch vom Standpunkte der Menschlichkeit aus behandelt werden kann, in einem entgegenkommenden Geiste löst und die Kriegsgefangenen der Heimat ohne weiteren Aufschub wiedergibt."

Heine gegen Erzberger

Der Kampf im eigenen Lager.

Berlin, 10. November. (Privattelegramm.)

Wie die „B. Z. a. M." meldet, sagte der preußische Minister des Innern Wolfgang Heine in einer Rede in Dessau unter anderem folgendes: Die Pläne Erzbergers in der Steuerfrage machen, wenn sie restlos verwirklicht werden, nicht nur die Länder, sondern auch die Gemeinden tot. Wenn so weiter regiert wird, dann bricht das ganze Reich zusammen. Erzberger hat sich selbst für den Friedensvertrag ausgesprochen. Er muß ihn jetzt durchführen und die Gelder hernehmen, wo er nur kann. Welche Gemeinde hat noch ein Interesse daran, zu zahlen, wenn alles in den großen Topf der Entente geht und sie dann zum Bettler wird? Die Bundesstaaten müssen sich mit aller Kraft gegen diese Erzbergersche Theorie wehren. Zum Schluß sagte der Minister: **Die Behauptung, daß Deutschland allein Schuld am Kriege sei, ist erlogen. Deshalb ist es vom Uebel, nach der Schuld von 1914 und 16 im Schmutze herumzuwühlen, wie es jetzt in Berlin geschicht.**

Wilson zum Kompromiß bereit

Versailles, 10. November.

Der Sonderberichtersttter des „Echo de Paris" in Washington meldet unter dem 7. November: Wilson verhandelte zum ersten Male mit Senator Hitchcock über die durch die Opposition gegen den Friedensvertrag geschaffene Lage. Er erklärte sich bereit, die Entscheidungen anzunehmen, die Hitchcock und seine demokratischen Kollegen treffen würden, um zu einem Kompromiß in bezug auf die zu votierenden Vorbehalte zu kommen. Der Präsident wolle gern Vorbehalte annehmen, wenn sie nicht das Funktionieren des Vertrages und des Völkerbundes beeinträchtigen. Hitchcock erkläre, der Kampf im Senat werde lang sein und vielleicht in eine Sackgasse führen, aus der man nur dadurch herauskommen könne, daß man ein Kompromiß abschließe, dessen Abschluß jedoch viel Zeit und Geduld erfordern werde. Der Sonderberichterstatter meint, es sei fast ausgeschlossen, daß man zu einem endgültigen Ergebnis über den Vertrag noch in dieser Session, die am Monatsende zu Ende gehe, kommen werde.

Amsterdam, 10. November.

Das Pressebüro Radio meldet aus Annapolis, daß der Senat der Vereinigten Staaten am Sonnabend nachmittag mit 50 gegen 35 Stimmen den vom Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten eingebrachten Vorbehalt angenommen hat, daß die Vereinigten Staaten im Falle des Austritts aus dem Völkerbunde allein berufen seien, darüber zu urteilen, ob alle internationalen Verpflichtungen aufhören, und ob alle unter dem Völkerbund eingegangenen Verpflichtungen erfüllt sind. Der Austritt kann nur durch eine übereinstimmende Entschließung der beiden Häuser des Kongresses beschlossen werden. „New-York Times" glauben daß der Senat, wenn auch nicht alle, so doch fast alle fünfzehn Vorbehalte des Friedensvertrages annimmt.

Wie uns die Entente erzieht!

Von Felix Neumann.

Als wir in der nachfriderizianischen Zeit im öden Schematismus erstarrten und unsere stolze Ueberlieferung Stück für Stück verhökerten, bis der Bankerott von Jena kam, erwuchs uns in der Geißel Europas, die nun auch über dem Rücken des gebeugten Preußen geschwungen wurde, der Lehrmeister, der dem damaligen verweichlichten Geschlecht wieder Nationalgefühl beibrachte. — Zu einem „Jena" ist es im Jahre des Unheils 1918 zwar nicht gekommen, dafür aber zu einem „Prenzlau" so schmachvoller Art, wie es selten in der Geschichte der Völker angetroffen wird. Trotz aller krampfhaften Geschichtsklitterung steht es heute schon in großen Zügen fest, wie es zu diesem elementaren Zusammenbruch kam.

Das Nationalgefühl des Deutschen hat versagt, und so kam es, wie es kommen mußte. Viele falsche Propheten innerhalb und außerhalb der Mauern des belagerten Troja trugen die Lehre ins Volk, daß es nur des Fortwerfens der Waffen, der Beseitigung alter, bewährter Regierungsformen bedürfe, um unsere Feinde versöhnt und gerührt an unser Herz sinken zu lassen. Von diesem einschläfernden Gifte infiziert, setzte plötzlich der Pulsschlag unseres Widerstandes aus, und wir wurden durch eigene Schuld zu dem, was wir nun sind. Der Fuß der Feinde wuchtet schwer auf dem Nacken Deutschlands, und der Traum vom gerechten „Völkerbund" ist in ein Nichts verflogen. — Als damals in den kritischen Tagen der Umsturz alles über den Haufen warf, gab es Millionen Volksgenossen, die keineswegs zu den Verrätern, Ueberläufern oder Verführern gezählt werden wollten, und die sich trotzdem heimlich oder öffentlich, je nach Temperatur und Empfinden, lächelnd die Hände reichten und sagten: „Gott sei Dank, daß der Krieg zu Ende ist! Es wird schon alles gut werden, es war so am besten." Ach — von diesen, die nicht auf Spartakus oder verwandte Gruppen eingeschworen waren, denen nur Weltfremdheit oder echt deutsche Ideologie eine Binde vor die Augen legte, ist kaum einer mehr anzutreffen. Sie haben in dem verflossenen Jahr unter Wehen und Schmerzen eine neue Anschauung geboren, nämlich die: Die Welt hat uns in unerhörter Weise belogen und wir sind auf diese plumpe Täuschung wie gläubige Kinder hineingefallen. Tag für Tag wächst bei uns die Zahl derer, die sich wieder nationalem Empfinden zuwenden. Und wen verdanken wir das? Nicht etwa der jetzigen Regierung, die alles tut, was in ihren Kräften steht, jedes stolze völkische Empfinden restlos totzuschlagen und zu unterdrücken. Nein, die Entente züchtigt uns mit Skorpionen und paukt dem deutschen Spießer tagaus und -ein, immer wieder die Formel ins Gemüt: Du bist ein ehrloser Helot geworden, Achtung verdienst stdu nicht, so nimm auch geduldig die Fußtritte entgegen, die wir Dir zu verabreichen für gut befinden!

Die sich fortgesetzt häufenden Meldungen aus den besetzten Gebieten über Vergewaltigungen des Rechts, brutale Uebergriffe, Mißhandlungen und Roheitsdelikte jeder Art, wirken in einer Weise auf die deutsche öffentliche Meinung ein, wie sie nur wünschenswert sein kann.

Es ist nur so unendlich traurig, daß ein bisher so hochstehendes, leistungsfähiges und — auf vielen Gebieten — intelligentes Volk erst mit Stockschlägen und moralischen Ohrfeigen dahin gebracht werden kann, seine Fehler zu erkennen, die zu seiner Niederlage führten. Die Zustände am Rhein, an der Saar, in der Pfalz, und überall dort, wo unsere Bevölkerung in Berührung mit den farbigen und weißen „Siegern" kommt, sind geradezu unerhört.

In unserer Volksvertretung hört man kein Wort von diesen zum Himmel schreienden Verhältnissen, um nicht Herrn Clemenceaus zartes Empfinden zu kränken, oder den edlen Foch gar zu vergrämen, aber in der Presse tauchen immer wieder Schilderungen auf, die uns die Zähne knirschen und die Fäuste ballen lassen. Aus einem kürzlich veröffentlichten Privatbrief entnehmen wir Szenen, wie sich Amerikaner in die Lokale lümmeln, die Füße auf den Tisch legen und aus der Flasche trinken. Nigger ziehen in Scharen durch die Straßen, belästigen die Passanten, besonders die weiblichen Geschlechts, oder „kaufen" in den Läden in einer Art ein, die an Diebstahl grenzt. In den anständigen Privatquartieren schleppen die Ententeoffiziere ihre Dirnen scharenweise ein, feiern Orgien, ohrfeigen die Quartierwirte oder ruinieren die Einrichtung. Es ist immer bitter im Leben, wenn die Gerechten mit den Ungerechten leiden müssen. Das Herz schnürt sich in Mitgefühl und aufrichtiger Teilnahme allen denen zusammen, die aus der Ferne Kenntnis nehmen von den Demütigungen, die die Bevölkerung der besetzten Gebiete über sich ergehen lassen muß.

Und — doch, und doch kann man sich eines gewissen Gefühles der Genugtuung nicht enthalten. Wir kennen den wankelmütigen, haltlosen Charakter eines Teiles unseres Volkes. **Wenn sich die Entente liebenswürdig und schmeichlerisch verhielte, dann wäre zu befürchten, daß unsere Volksgenossen vor den Fremden in verzückter An**

Bekung auf dem Bauche liegen würden. Da ist es schon besser, die Herren Franzosen, Engländer und Amerikaner treiben uns die hoffnungsseligen Flausen von der Völkerversöhnung gründlich aus dem Kopf.

In einer überfüllten Dampfbahn läßt ein französischer Offizier, der keinen Platz mehr gefunden hatte, den ganzen Wagen räumen, um mit seiner weiblichen Begleitung allein darin weiterfahren zu können. Recht so! — Nehmen wir an, es wären dreißig oder fünfzig Menschen in diesem Wagen gewesen, wir sind fest davon überzeugt, daß sie alle, als sie gedemütigt zu Fuß ihre Straße gezogen sind, den letzten Rest von Schwärmerei für Herrn Wilson, seinen beglückenden Bund und das „ritterliche" Frankreich aus ihrem Hirne jagten. So werden wir täglich in hunderten und tausenden von Einzelfällen, die zusammen einen Riesenberg ergeben, wieder zum Nationalgefühl zurückgepeitscht. Fichte hätte mit seinen Reden an die deutsche Nation nicht solchen starken Widerhall gefunden, wenn er nicht die französische Soldateska, die im Lande hauste und brandschatzte, zum mächtigen Bundesgenossen gehabt hätte. Noch fehlt uns ein Fichte, ein Stein, aber sie können täglich auftauchen, denn der Boden, auf dem sie wirken sollen, wird von unseren Feinden selbst urbar gemacht. Im innern Deutschland wird die Wirkung erst später in elementarer Weise zum Durchbruch kommen, wenn wir die Friedensbedingungen zu erfüllen haben. Noch schlägt ein Teil des Volkes und vergnügt sich an Schiebergeschäften. Aber auch diese goldenen Tage gehen vorüber und das ganze graue Elend wird nicht auf sich warten lassen. Dann wird die Entente dafür sorgen, daß sie mit dem mächtigen Hammer unerhörter Forderungen die deutsche Volksseele schmiedet und neu formt.

Unter Stöhnen und Wehklagen geht dieser Prozeß vor sich, der uns wertvolle nationale Güter kostet. Wir bezahlen sie entsetzlich teuer, diese Lehrstunden, die uns unsere Feinde erteilen, aber vielleicht kommt doch einmal die Zeit, da wir (nein, unsere Kinder und Enkel) sagen können: Es war ein furchtbares Mittel, aber es war das einzige, um Deutschland aus dem Sumpfe seiner nationalen Erschlaffung zu befreien und einem besseren aufgeklärteren Zeitalter entgegenzuführen! Wie damals Napoleon, so lehren uns jetzt Foch, Clemenceau und geistesverwandte Genossen, was dem Volke droht, das seine Ehre preisgibt.

Das deutsch-polnische Beamtenabkommen

Am Sonntag vormittag ist in Berlin zwischen den deutschen und polnischen Unterhändlern das angekündigte Beamtenübereinkommen abgeschlossen worden. Es sichert den deutschen Beamten in den abgetretenen Gebieten die ungehinderte Weiterarbeit an ihren bisherigen Dienstorten für eine Zeit von mindestens zwei Monaten nach Inkrafttreten des Friedensvertrages, soweit nicht die polnische Regierung auf ihre Dienste ausdrücklich verzichtet. Die polnische Regierung hat auf die ihr nach Friedensvertrag zustehende Liquidation oder Zurückhaltung des Vermögens dieser Beamten verzichtet. In diesem Punkt ist jedoch ein Unterschied zu machen zwischen denjenigen Beamten, die während der Ueberleitungszeit im Dienst verbleiben und solchen, die dies nicht tun. Das Vermögen der Erstgenannten unterliegt überhaupt nicht der Liquidation; bezüglich des Vermögens derjenigen Beamten, die keinen Dienst während der Ueberleitungszeit leisten wollen, ist Befreiung des beweglichen Vermögens von allen Eingriffen seitens der polnischen Regierung vereinbart. Diese Beamten haben das Recht, während einer Abzugsfrist von 3 Monaten ihre Habe gebührenfrei mitzunehmen, sie haben ferner das Recht auf freihändigen Verkauf ihres unbeweglichen Vermögens während der Frist eines Jahres, soweit die polnische Regierung von ihrer Liquidationsbefugnis über das unbewegliche Vermögen Gebrauch zu machen nicht beabsichtigt. Nähtere Bestimmungen greifen für die Angehörigen und Hinterbliebenen Platz. Die Bestimmungen des Uebereinkommens finden sinngemäße Anwendung auf Geistliche, Religionsdiener und Kirchenbeamte, auf Volksschullehrer sowie auf mittelbare Staatsbeamte und Angestellte bei Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden. Ein Schlußprotokoll, das dem Vertrag beigefügt ist, sichert die deutschen Beamten noch ausdrücklich vor Eingriffen in ihre persönliche Freiheit, bestimmt ferner die Nachzahlung gewisser Gehaltsteile und behält die Regelung der Rechte mittelbarer Staatsbeamten aus ihren Anstellungsverhältnissen besonderen Abmachungen vor.

Verkehrsnot und Kohlennot

Preußenparlament

Minister Oeser will zur Selbsthilfe greifen und die Kohle beschlagnahmen.

Berlin, 10. November.

Am Ministertische: Fischbeck.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr.

Die zweite Beratung des Bergbauhaushaltes wird fortgesetzt.

Abg. **Rürup** (Zentr.): Der Abschluß des Tarifvertrags für das Ruhrgebiet stellt sich als ein gewaltiger Erfolg der zielbewußten Gewerkschaftsarbeiter dar. Die Erfüllung der Bergarbeiterforderungen ist das beste Mittel, um die Hetzarbeit der Kommunisten und Spartakisten lahmzulegen. Stillgelegte Zechen und Stollen sollten wieder in Betrieb genommen werden.

Oberberghauptmann **Althans**: Wir haben mit allen Instanzen über die Verbesserung der Lage der Bergarbeiter verhandelt. Den Beamten haben wir es zur Pflicht gemacht, mit den Bergarbeiterorganisationen, Ausschüssen und Betriebsräten Fühlung zu nehmen und vermittelnd einzugreifen.

Abg. **Riedel** (Charlottenburg (Dem.): Kohlen könnten stark gespart werden, wenn der Schienenweg in weitestem Maße durch den Wasserweg ersetzt würde. Die soziale Gesetzgebung bedarf des weiteren Ausbaues. Der Friedensvertrag bedarf der Revision, vor allem im Hinblick auf unsere Kohlenlieferungen.

Abg. Rippel (Deutschnational):

Diese Debatte wirft ein Schlaglicht auf unsere wirtschaftlichen Zustände. Die Notlagen nach dem Kriege wären zu überwinden gewesen, wenn nicht der unerfüllbare Friedensvertrag dies unmöglich machen würde.

Das Ziel Englands

war, unsere wirtschaftliche Stellung zu vernichten. Schon 1905 wurde in der englischen Presse davon gesprochen, daß England Deutschland vernichten wolle. Aber das Ziel Englands: nämlich es vollkommen erreicht werden können, wenn wir ihm nicht durch die Revolution Hilfe geleistet hätten. (Sehr richtig! rechts.) Der Rückgang des Bergbaues und der Eisenbahnen sind betrübende Tatsachen. Unser Bergbau berechtigte zu den schönsten Hoffnungen als Fundament für unser Wirtschaftsleben. Heute sind die finanziellen Schwierigkeiten dazwischengetreten. Der Minister hat am Sonnabend ein Bild von der traurigen Lage gegeben. Rechnet man die Verluste beim privaten Bergbau hinzu, so werden wir mit Milliardenverlusten rechnen müssen. Der Finanzminister wünscht, daß die staatlichen Betriebe sich aus eigenen Mitteln erhalten sollen. Danach kann aber nicht gewirtschaftet werden. Wir haben so eine gesamte Falschwirtschaft. Wir dürfen

die wirtschaftlichen Fragen

aber nicht ausschließlich vom politischen Standpunkt aus betrachten. Im Ruhrgebiet war der erste Bauerkott mit dem Bochumer Bergverein. (Abg. Hein: Das war eine gemeine Schiebung.) Andere werden folgen. Wir müssen wieder zu einer gesunden Preispolitik zurück. Die notwendigen Steigungskosten müssen wir herunterdrücken oder die Kohlenpreise erhöhen. Wir bedauern, daß die Regierung darüber noch nichts verlauten läßt. Aber damit sind wir noch nicht über den Berg der Schwierigkeiten. Wir müssen die Förderung heben. Trotz der erforderlichen Ziffern in den letzten Monaten haben wir noch immer große Ausfälle. Der Handelsminister rechnet für die nächsten fünf Monate mit einem Defizit von 23,5 Milliarden Tonnen Steinkohle und 15,8 Millionen Tonnen Braunkohle. Der Reichskanzler hat in Flensburg erklärt, daß die Wirtschaft sich wieder hebe, die Produktion steige und die Arbeitslosigkeit nicht mehr so groß wäre. Es sind leider besonders im Ruhrgebiet schon wieder geheimnisvolle Kräfte am Werk, um die Ruhe zu stören und gegen die Arbeiterorganisationen zu wühlen. Im Ruhrgebiet haben die Arbeiter durch Streik einen Lohnausfall von 43,5 Millionen erlitten. Es muß wieder ein neuer Geist in die Arbeiterschaft kommen. Aber weder die Diktatur noch die Sozialisierung kann die Produktion steigern. Dies haben auch die Sozialdemokraten selbst anerkannt. Unser wirtschaftliches Leben muß aus dem Zwangsskorsett heraus. Wir begrüßen die Tarifverträge im Bergbau und freuen uns, daß es zum Abschluß des ersten Vertrages gekommen ist. Notwendig ist aber auch, daß für die Armen und Aermsten unter den Bergleuten, für die Witwen und Hinterbliebenen der Knappschaft, gesorgt wird. Den Antrag der Unabhängigen auf Einführung des 6-Stundentages im Bergbau lehnen wir ab. Wir stimmen aber dem Antrag der Mehrheitssozialisten zu, daß diese Frage auf internationalem Wege geregelt werden soll. Es wird dann auch in Bälde wieder zur Gesundung unseres Wirtschaftslebens kommen. (Beifall.)

Der Aeltestenrat der preußischen Landesversammlung hat beschlossen, zum Etat je zwei Redner jeder Fraktion zuzulassen. Damit die Ausschüsse die nötige Zeit zu Bewältigung der Arbeiten haben, sollen am Mittwoch die Plenarsitzungen auf acht Tage ausgesetzt werden, falls bis dahin wieder ein geregelter Eisenbahn-Personenverkehr eingeführt ist, so daß die Abgeordneten in ihre Heimat gelangen können. Wegen der Weihnachtsferien wird sich das Präsidium mit der Aeltestenversammlung ins Einvernehmen setzen. Fürt den Beginn soll der 16. oder 17. Dezember vorgeschlagen werden.

Eisenbahnminister Oeser:

Ich wäre glücklich, wenn die Kohlennot wirklich nur eine Transportkrise wäre. Dann könnten wir ihr allmählich abhelfen. Die Kohlennot kann nicht allein durch die Verminderung des Verkehrs behoben werden. Ich gebe aber zu, daß ein Teil der Schuld die mir unterstellte Verwaltung trifft, die nicht imstande war, die Vorräte abzuführen. Wir sahen uns zur

Einstellung des Personenverkehrs

veranlaßt, um Kartoffeln und Kohle herbeischaffen zu können. Darüber waren sich alle Instanzen einig, daß die Einstellung des Verkehrs notwendig war. Wichtiger als der Personenverkehr ist die Versorgung der Städte für den Winter. Infolge der Verminderung des Personenverkehrs haben wir die Wagenstellung an den Bedarf heran, zu zum Teil darüber hinaus, gebracht. An der Ruhr haben wir heute 1000 Wagen über den Bedarf. Wir kommen also über die Leistungen des vorjährigen Winters hinaus, wenn auch nur wenig. Am 10. November, also heute, ist die Anforderung von 23 000 Wagen auf 15 000 gesunken, und heute morgen waren bereits 16 000 Wagen gestellt, so daß 1000 Wagen über den Bedarf vorhanden waren. Trotzdem, daß die Haldenbestände nicht abgeladen werden konnten, trifft die Schuld nicht die Eisenbahnverwaltung. In Oberschlesien liegen die Verhältnisse nicht ganz so günstig als an der Ruhr. Auch hier wird aber gelegentlich eine Mehrleistung erzielt. Die Leistungen bewegen sich allerdings um 7 Prozent hinter dem Vorjahre zurück. Wir werden von nun ab darauf sehen, daß sich neue Haldenbestände nicht wieder in dem früheren Maße bilden werden. Ein gewisser Haldenbestand ist aber unumgänglich notwendig. Wenn man beweisen will, daß die Kohlennot lediglich eine Transportkrise ist, so gilt umgekehrt der Satz, daß die Transportkrise im wesentlichen mitbestimmt ist durch die Kohlennot. Die Staatseisenbahnen sind selbst nicht genügend mit Kohle versorgt. Es herrschen auch da wieder außerordentlich bedenkliche Zustände für das ganze Gebiet der Staatseisenbahn. Wir sind da auf etwa sechs Tage mit Kohlen versorgt. Die Direktionsbezirke Stettin und Berlin haben nur noch Kohle für drei Tage. Hamburg, Danzig, Königsberg und Elberfeld haben nur für vier Tage Kohle. Bisher ist es nicht gelungen, mehr Kohlen zu erlangen, je nicht einmal den nötigen Bestand, der zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig ist. Außerordentliche Betriebsstörungen sind an der Tagesordnung. Wenn heute Klagen laut werden über die Führung der Betriebe, so liegt das nicht an den Betrieben, sondern meist an der schlechten Beschaffenheit der Kohle. In einem Direktionsbezirk blieben an einem einzigen Tage über 400 Züge auf der Strecke liegen. Die Kohlen erzeugen keinen Dampf. Am 6. November waren die Kohlenvorräte außerordentlich und der Güterverkehr verzögerte sich außerordentlich. Eine Verspätung der Güterzüge um 4 Stunden und mehr war die Regel vorhanden. Die außerordentlich steinhaltigen Kohlen müssen am 8. November nach in Stettin nur für einen Tag Kohle erst sortiert werden. 50 Prozent aller Betriebsstörungen führen also in der Tat auf die schlechte Beschaffenheit der Kohle zurück. Der Reichskohlenkommissar ist zu jedem Entgegenkommen bereit. Er hat sich auch an den Reichswirtschaftsminister um Abhilfe gewandt. Ich hoffe, daß er sein Wort halten wird. Wenn ich keine Kohlen bekomme, bleibt mir nichts übrig, als zur Selbsthilfe zu greifen und Kohle zu beschlagnahmen, wo ich sie finde.

Dienstag 12 Uhr: Fortsetzung.

Schluß 4¼ Uhr.

Die Metallarbeiter nehmen die Arbeit wieder auf

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 10. November.

Heute morgen wurden in sämtlichen Betrieben der Berliner Metallindustrie Betriebsversammlungen abgehalten, denen sich die Abstimmung über die Beendigung des Streiks anschließen sollte. In den zahlreichen Versammlungen bekannten sich die Arbeiter fast ausnahmslos für Wiederaufnahme der Arbeit, so daß zu erwarten steht, daß morgen, spätestens übermorgen die Arbeit wieder aufgenommen werden wird. Wie der Verband der Berliner Metallarbeiter mitteilt, ist die Aufnahme heute bereits bei 15 Großbetrieben erfolgt.

Nachdruck verboten.

Die beiden Hildebrand

41] Kriminalroman von Heinrich Tiaden.

„Ich wundere mich über Ihre Zuversicht," sprach der Staatsanwalt, indem er sich erhob und an den Herren vorüber zur Türe schritt. „Ich bedauere Ihnen sagen zu müssen, daß ich sie nicht teilen kann. Wenn ich in Ihrer Lage mich befände, Herr Hildebrand, dann würde ich mich wohl um meine Zukunft viele Sorgen machen."

„Ich nehme an, Herr Staatsanwalt, daß Sie sich in die Lage eines Menschen, der unschuldig von einem schweren Verdachte belastet wird, nicht so recht hineindenken können," sprach Oswald kühl.

Um die Lippen des Staatsanwalts ging ein dünnes Lächeln.

„Nein, nicht gut, denn ich bin noch nie von einem Verdachte belastet worden. Vielleicht kommt das daher, daß ich seit meiner frühesten Jugend daran gewöhnt war, über jeden Augenblick meiner Zeit aufs genaueste Rechenschaft ablegen zu können. Gute Nacht."

Damit ging er hinaus.

Eine Minute später lag das Zimmer im Dunkel. Die beiden Hildebrand aber befanden sich wieder in den Räumen, die man ihnen für die Nacht angewiesen hatte. Sie waren nun wieder allein — allein mit ihren schweren mühlenden, wirrenden Gedanken, — allein mit ihren Sorgen, die der eine vor dem anderen mühsam verborgen gehalten hatte — die aber im geheimen zentnerschwer einem jeden von ihnen auf der Seele lagen.

7. Kapitel.

„Es ist eigentlich noch ein wenig zu früh, um eine Dame zu besuchen," bemerkte der Untersuchungsrichter, als er am anderen Morgen mit dem Polizeirat Dorenbusch auf dem Wege zum Bürklinschen Hause war.

„Ja, lieber Doktor, da haben Sie recht. Doch der Priester, der Arzt und die Polizei haben das Recht, jederzeit dort Zutritt zu verlangen, wohin sie ihr Amt ruft. Und unser Besuch hat so keinen gesellschaftlichen Charakter."

„Gewiß nicht. Nebenbei — was halten Sie von Fräulein Laura Bürklin?"

„Hm, was soll ich von ihr halten?"

„Meinen Sie nicht auch, daß sie ein schönes Weib ist?"

„Ja — doch der Tiger ist auch ein schönes Tier."

„Donnerwetter — aber, lieber Rat! — Wie kommen Sie zu einem solchen Vergleich! Das ist ja verrückt!"

„Haben Sie der Dame schon mal so recht aufmerksam in die Augen geschaut?"

„In die Augen geschaut? Aber, lieber Freund, ich bin verheiratet, wie Sie wissen."

„Na, ich meine natürlich nicht als Liebhaber. Dazu möchte ich Ihnen übrigens auch nicht raten, denn das Weib hat ganz offenbar den Teufel im Leibe. Doch ich hatte wohl erwartet, daß Sie als Justizmensch dieser sehr interessanten Dame eine recht eingehende Aufmerksamkeit geschenkt hätten."

„Nun, wissen Sie, ich habe gestern abend vor allen Dingen den jungen Hildebrand genau beobachtet."

„Und welches Urteil haben Sie sich über ihn gebildet?"

„Nun — offen gestanden, ich kann nicht glauben, daß der junge Hildebrand etwas mit dem Morde zu tun hat."

„Der alte denn?"

„Ohne Zweifel ist die Beweislast gegen den alten Herrn bei weitem schwerer. Denken Sie nur an den Dolch."

„Sie haben gehört, Doktor, was der alte Herr gestern über das Verschwinden des Dolches aussagte. Ich habe mir die Sache nochmal durch den Kopf gehen lassen und bin zu ganz besonderen Schlüssen gelangt. Halten Sie nicht für möglich, daß bei jener Gelegenheit Bürklin den Dolch aus Versehen oder mit einer bestimmten Absicht mit seinen Papieren eingepackt hat?"

„Ich kann mir das nicht auf vorstellen."

„Erinnern Sie sich, daß Bürklin vorher auf dieselbe Weise ein Bild des jungen Hildebrand vom Schreibtisch des alten Herrn entwendet hat."

„Ich habe mir eine Notiz gemacht, um nicht zu vergessen, diese Sache bei Fräulein Bürklin zur Sprache zu bringen. Ich meine, die Entwendung des Bildes ist vorläufig noch nicht einwandfrei festgestellt."

„Laura Bürklin hat Oswald Hildebrand erzählt, ihr Vater habe ihr das Bild mitgebracht. Nun, daß der alte Hildebrand seinem Todfeind und Bedrücker das Bild geschenkt haben sollte, werden Sie auch wohl nicht glauben."

„Das ist wohl richtig — das glaube ich freilich auch nicht. Aber immerhin — wenn wirklich Bürklin die Waffe mitgenommen und, des Besuches Hildebrands nicht gewärtig, auf seinem Schreibtische liegen hatte, so liegt immerhin noch die Vermutung nahe, daß der alte Hildebrand die Waffe ergriffen und Bürklin damit ums Leben gebracht hat."

„Diese Feststellung wäre schon darum wertvoll, weil dadurch das Verbrechen aus einem vorbedachten Mord zu einem Todschlag würde."

„Das ist wohl wahr, doch zweifle ich sehr, daß an dieser Feststellung den beiden Hildebrands etwas liegt. Sie werden den Todschlag ebenso weit von sich abweisen als den Mord."

„Daran zweifle ich auch nicht. Und überhaupt — ich bin der festen Ueberzeugung, daß wir eine völlig falsche Spur verfolgen, wenn wir die beiden Hildebrands oder einen von ihnen für den Täter halten. Solche begnadete Künstler!"

„Mein lieber Herr Rat, darin gebe ich nun dem Staatsanwalt recht — die Kunst als solche ist nicht imstande, das Verbrechen zu verhindern —"

„Kennen Sie denn die Hildebrands?" eiferte der Polizeirat. „Haben sie eine Ahnung, was sie für die Kunst bedeuten, was sie geschaffen haben — der eine in Marmor, der andere in Farben?"

„Nein, das freilich nicht. Aber —"

„Dann können Sie das auch gar nicht beurteilen. Ich sage Ihnen, ein Mensch, der solche künstlerische Offenbarungen hat, der solche Kunstwerke schafft und in seinem Empfinden so hoch über der Alltagswelt steht, der kann kein gemeiner Verbrecher sein. Und wenn der Staatsanwalt mir auch widerspricht und mich auslacht — ich bleibe bei meiner Meinung. Wir wollen sehen, wer recht behält."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911111-15/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 11. November.

Stadtverordnetensitzung

Stadtv. Keil eröffnet in Abwesenheit des Stadtv.-Vorst. die Sitzung und gibt zunächst eine Eingabe des Bundes deutscher Schulvereine um Neuregelung der gewerblichen Fortbildungsschulen bekannt, die dem Schulausschuß überwiesen wird. Ein Gesuch des Vereins deutscher Architekten betr. Einrichtung eines Wohnungskatasters wird dem Magistrat überwiesen. Es wird alsdann in die Tagesordnung eingetreten, deren erster Punkt „Neuwahl der Armendirektion" abgesetzt wird.

Erhöhung der Gaspreise

Im Haushaltsplan des Gaswerks für das Rechnungsjahr 1919 ist bei Berechnung der Selbstkosten des Gases ein Durchschnittspreis von 83,30 Mk. für 1 Tonne Kohle frei Gaswerk zugrunde gelegt worden. Dieser Preis hat sich am 1. Oktober infolge Erhöhung der Frachten und der reinen Kohlenpreise auf rund 115 Mk. erhöht. Von diesen Mehrkosten kann durch Erhöhung der Preise für Nebenerzeugnisse nur ein Teil gedeckt werden. In Uebereinstimmung mit dem Kuratorium der Gas- und Wasserwerke beantragt der Magistrat, zuzustimmen, daß die Gaspreise mit Wirkung von der im November 1919 beginnenden Ableseperiode wie folgt erhöht werden:

1. für 1 Kubikmeter Niederdruckgas, durch Gasmesser abgegeben, zum Beleuchten, Kochen und Heizen auf 50 Pfg., zum Betriebe von Gaskraftmaschinen und zu anderen gewerblichen Zwecken auf 48 Pfg., durch Münzgasmesser, Form A, auf ... Pfg., durch Münzgasmesser, Form B, auf 53 Pfg.

2. für die Abgabe nach dem Pauschalpreis: a) für 1 Leuchtflamme von ca. 100 Kerzen Helligkeit bei nicht mehr als zwei Flammen vom 1. April—30. September auf 3,50 Mk., vom 1. Oktober—31. März auf 4,75 Mk., für jede weitere angeschlossene Flamme auf 2,80 Mk. bzw. auf 3,50 Mk.,
b) für 1 Leuchtflamme von ca. 50 Kerzen Helligkeit bei nicht mehr als 2 Flammen vom 1. April—30. September auf 2,20 Mk., vom 1. Oktober—31. März auf 3 Mk., für jede weitere angeschlossene Flamme auf 1,50 Mk. bzw. auf 2 Mk. monatlich.

Um in Zukunft den weiteren Preissteigerungen, soweit sie nicht ganz außergewöhnlicher Natur sind und mit den Steigerungen der Kohlenpreise in angemessenem Verhältnis vor sich gehen, ohne weiteres durch angemessene Erhöhung der Gaspreise Rechnung tragen zu können, beantragt der Magistrat ferner, ihn zu ermächtigen, nach Ablauf eines jeden Vierteljahres den Grundgaspreis von 50 Pfg. à Kubikmeter für je 1 Mk. Preiserhöhung für Kohle über den Preis von 115 Mk. für 1 Tonne frei Gaswerk hinaus, die sich nach den tatsächlichen Ausgaben des abgelaufenen Vierteljahres ergibt, um 2 Pfg. zu erhöhen. Für Abnehmer nach dem Pauschalpreis erfährt dieser eine entsprechende Veränderung. Beim Sinken der Kohlenpreise soll in gleicher Weise der Gaspreis herabgesetzt werden.

Stadtv. Dürrfeld (Soz.) beantragt einheitliche Regelung des Gaspreises und ersucht den Magistrat, eine entsprechende Vorlage zu machen. — Auf die von unabhängiger Seite gestellte Anfrage, wie weit die Wassergasanlage gediehen sei, erwidert Stadtbaurat Lammers, daß diese noch vor Weihnachten fertiggestellt und für diesen Zweck auch bereits Kohlenvorräte reserviert seien. — Die Magistratsvorlage sowie der Antrag Dürrfeld werden angenommen.

Gemäß Gemeindebeschluß vom 3. und 15. September d. J. hat die Stadtgemeinde von den ihr gehörigen Ackerplänen südlich der Artilleriestraße zwischen Merseburger Straße und Beesener Straße ein Stück von ca. 920,60 Hektar an den Bauverein Gartenstadt Halle und an den Bauverein für Kleinwohnungen zur Errichtung von Kleinwohnungen verkauft. Die Stadt hat sich verpflichtet, die vor dem verkauften Grundstück liegenden Straßenflächen auf ihre Kosten herzustellen und mit Gas- und Wasserleitung, elektrischer Zuleitung und Kanalisation zu versehen. Die Gesamtkosten hierfür betragen 693 950 Mk., die aus einer neuen Anleihe gedeckt und im Bedarfsfalle überschritten werden dürfen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Der Frauenschule werden zur Ausstattung des Kindergärtnerinnen-, Hortnerinnen- und Jugendleiterinnenseminars ...000 Mk. bewilligt. — Zu diesem Antrag bemerkt Frau Stadtv. Krüger (Unabh.): Wir sind für die Bewilligung der Summe, die Bildungszwecken dienen soll. Wir beantragen aber, daß nicht nur Mädchen des Lyzeums, sondern auch Schülerinnen der oberen Klassen der Volks- und Mittelschulen zum Besuch der Frauenschule zugelassen werden. — Stadtschulrat Brendel: Der Antrag entspricht ganz den Wünschen des Kuratoriums der Frauenschule. Wir haben uns bereits im Vorjahre mit dem Plane der Errichtung einer Vorschule getragen, doch sind keine Meldungen für diese eingegangen. — Stadtv. Keil schlägt vor, den Antrag Krüger dem Schulausschuß zu überweisen. In diesem Sinne beschließt auch die Versammlung.

Dem Antrag des Magistrats, auf Grund des § 34 des Grunderwerbsteuergesetzes vom 12. September 1919 einen Gemeindezuschlag 1 Prozent zu erheben, wird zugestimmt. Auf die Anfrage des Stadtv. Keil, wie sich der Magistrat zu der Verfügung verhalte, nach der die Städte, die bisher Grunderwerbsteuer erhoben haben, auch die staatliche Grunderwerbsteuer übernehmen sollen, erwidert Bürgermeister Brendel, daß an den hiesigen Magistrat eine entsprechende definitive Anordnung noch nicht ergangen sei.

Nach dem Gesetz über Aenderungen im Finanzwesen vom ... Juli 1913 ist bereits mit Wirkung vom 1. Juli 1913 der Reichsanteil an der Zuwachssteuer in Höhe von 50 Proz. in Fortfall gekommen, so daß nur noch 40 Prozent der Steuer für die Gemeinde und 10 Proz. für den Staat erhoben werden. Nach § 59 des R.-Z.-St.-G. ist es jedoch zulässig, daß die Gemeinden bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung der Zuwachssteuer zu dem ihnen verbleibenden Zuwachssteueranteil Zuschläge bis zu 100 Prozent festsetzen. Die Gemeinden können daher 40 Prozent + 100 Prozent Zuschlag dazu = 80 Prozent Steuer weiter für sich neben 10 Prozent für den Bundesstaat erheben. Die Stadtgemeinde erhält ferner von den 10 Prozent des Staates für die Veranlagungs- und Hebungskosten noch 5 Prozent, so daß das Gesamtaufkommen an Zuwachssteuer für die Gemeinde sich auf 85 Prozent beziffern läßt. — Die Versammlung ermächtigt den Magistrat, eine entsprechende Steuerordnung zu erlassen.

Gehaltszulagen für Lehrer

Der Magistrat beantragt zu genehmigen, daß den 22 Mittel-, Zeichen-, Gesang-, Elementar- und Vorschullehrern an unsern höheren Lehranstalten eine jährliche Gehaltszulage von 500 Mark vom 1. Oktober 1919 ab aus Kap. XXIV 14 gezahlt wird als Ausgleich für die Ortszulage, die die Mittel- und Volksschullehrer vom 1. Oktober 1919 erhalten, und daß die ... ordentlichen Lehrerinnen am Lyzeum eine jährliche Gehaltszulage von 200 Mk. vom 1. Oktober 1919 ab bekommen.

Stadtv. Wilke (Soz.) fordert, daß alle Ungleichheiten in der Besoldung der städtischen Lehrer beseitigt werden. Hierauf erwidert Stadtschulrat Brendel, daß die hierzu notwendigen Schritte bereits eingeleitet seien. Auf die Anfrage des Stadtv. Höe (Dem.), ob die wesentlichen Gehaltsunterschiede zwischen den Vertreterinnen der Volks- und Mittelschulen bereits beseitigt seien, gibt Stadtschulrat Brendel zur Antwort: Der Unterschied wird beseitigt werden. — Die Abstimmung ergibt Annahme der Magistratsvorlage.

Für die Umpflasterung und Regulierung der Trothaer Straße zwischen der Mark- und Brachwitzer Straße, der Talstraße und des Bürgersteiges der westlichen Promenade zwischen Großer Steinstraße und Schulstraße werden 135 400 Mk. bewilligt, die zum Teil aus einer noch aufzunehmenden Anleihe gedeckt werden.

Die Etatsüberschreitungen der Stiftung Adelheidsruh in Höhe von 1117,38 Mk., der Bethke-Lehmann-stiftung in Höhe von 23 833,22 Mk. sowie der Grube Karl Ernst in Höhe von 85 163,56 Mk. werden bewilligt, ferner für die Instandsetzung der Torschule 526,75 Mk. und für die Instandsetzung des Reformrealgymnasiums 1100 Mk.

Die deutschnationale Fraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

„Der Magistrat wird ersucht, dem Verein „Jugendhilfe" für das laufende Rechnungsjahr eine Summe von 6000 Mk. aus dem Allgemeinen Dispositionsfonds zur Verfügung zu stellen."

Stadtv. Kleeis (Soz.): Unser Antrag, das dem Verein „Jugendhilfe" in Halle gehörige Heilerziehungsheim und die Jugendgerichtshilfe in städtische Regie zu übernehmen, ist in der letzten Sitzung nicht angenommen worden. Der Antrag ist gestellt, um die Jugendgerichtshilfe besser auszugestalten. Die drei höchsten Angestellten, die in ihr tätig sind, beziehen Gehälter von höchstens 260 Mk. einschließlich Teuerungszulagen. Diese Gehälter sind durchaus nicht ausreichend. Der Antrag ist aber ferner auch gestellt aus dem Prinzip heraus, die Jugendgerichtshilfe aus der Verwaltung privater Vereine zu nehmen. Diesem Beispiel sind die meisten größten Städte Deutschlands gefolgt. Wir wollen den Verein als solchen nicht auflösen, sondern nur die Jugendgerichtshilfe dem städtischen Jugendamt übertragen. — Stadtv. Busse (Deutschn.): Der Vorstand der Jugendhilfe steht durchaus nicht auf dem Standpunkt des Herrn Kleeis. Die Gründe für seine Kommunalisierung der Jugendgerichtshilfe sehen wir nicht ein. Ich bitte, den Antrag Kleeis abzulehnen und unseren Antrag, dem Verein „Jugendhilfe" eine Summe von 6000 Mk zu bewilligen, anzunehmen. — Stadtv. Albrecht (Unabh.): Ich habe schon in der vorigen Sitzung erklärt, daß wir auf dem Standpunkt des Antrags Kleeis stehen. Wir wollen unsere Kinder nicht von Wohltätigkeitsvereinen, die religiöse Frömmelei und religiöses Bimborium treiben, erzogen sehen. Wird die Jugendgerichtshilfe in städtische Regie übernommen, so bleibt dem Verein „Jugendhilfe" noch ein reiches Arbeitsfeld. Wir sind auch für Ablehnung der beantragten 6000 Mk. mit Rücksicht auf die günstigen Kassenverhältnisse des Vereins. — Stadtv. Keil rügt den Ausdruck des Stadtv. Albrecht „Religiöses Bimborium". — Stadtv. Splett: Ich gebe es auf, die Damen und Herren der Linken von unserer Ansicht in dieser Angelegenheit zu überzeugen. Wenn Sie die Arbeit nur kennten, würden Sie anders darüber urteilen. Die Beamten und Beamtinnen sind nicht etwa Helfershelfer oder Henkersknechte des Staatsanwaltes; im Gegenteil, sie haben nicht einmal nach den Gründen der Strafe und den Vorgängen zu fragen, sondern lediglich die psychischen Umstände zu ermitteln, aus denen etwa strafmildernde Umstände herzuleiten wären. Redner wendet sich dann in scharfen Worten gegen den Stadtv. Kleeis und stellt u. a. fest, daß die Jugendgerichtshilfe nicht Angelegenheit des Jugendamtes sei. — Stadtv. Kleeis (Mehrh.-Soz.) erwidert auf die Ausführungen. — Ein Antrag auf Schluß der Aussprache wird angenommen. In der Abstimmung findet den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, wegen Uebernahme des Heilerziehungsheimes bei der Provinz anzufragen, Annahme, der zweite Antrag auf Uebernahme der Jugendgerichtshilfe in städtische Verwaltung wird abgelehnt, der Antrag, dem Verein „Jugendhilfe" für das laufende Jahr 6000 Mk. zuzuweisen, wird angenommen. — Eine Reihe weiterer Punkte der Tagesordnung ist noch nicht vorberaten; die Verhandlung darüber wird vertagt.

Ein dringender Antrag Kleeis und Genossen, den Magistrat zu ersuchen, der Stadtverordnetenversammlung baldigst eine Vorlage zugehen zulassen, die sämtlichen städtischen Beamten, Angestellten, Arbeitern, Hilfsarbeitern usw. Anschaffungsbeihilfe gewährt, wird vom Oberbürgermeister Dr. Rive dahin beantwortet, daß bereits eine entsprechende Vorlage an die Versammlung unterwegs ist. —

Zur Anschaffung einer Kesselanlage für das Riebeckstift beantragt der Magistrat, 21 000 Mk. an Mitteln des Stiftes zur Verfügung zu stellen. Die Versammlung erteilt dem ihre Zustimmung.

Personalvermehrung im Wohnungsamt

Die Ausdehnung, die die Arbeit des Wohnungsamtes genommen hat, stellt neuerdings solche Anforderungen an das Amt, daß eine Vermehrung des Personals dringend notwendig ist. Es sollen 6 Techniker, 3 Helferinnen und 8 Bürokräfte angestellt werden. Die Kosten betragen für das letzte Vierteljahr 1919 80 000 Mk., werden aus Etatsmitteln bewilligt. Im Haushaltsausschuß waren bei Gelegenheit der Vorberatung des Antrages verschiedene Wünsche laut geworden, u. a. der, das Verfahren im Wohnungsamt möge künftig weniger bürokratisch gehandhabt werden.

Kilian-Prozeß

Im Kilianprozeß nahm die Vernehmung des Angeklagten ihren Fortgang. Da der Angeklagte weiter nicht in der Lage war, zusammenhängend zur Anklage Stellung zu nehmen, stellte der Vorsitzende aus dem belastenden Material Fragen, die Kilian mehr oder weniger weitschweifend beantwortete. Es kam u. a. zur Sprache: die Bewaffnung der Arbeiter, das Ultimatum an den Magistrat, die Besetzung der „Halleschen Zeitung" durch Mannschaften der Matrosenkompagnie, der Beschluß des S.-Rates auf Abschaffung der Rangabzeichen, der Ueberfall auf den Demonstrationszug der Aerzte, Schwestern, Kriegsbeschädigten und Unteroffiziere am 10. Januar, die Entwaffnung der für Berlin und den Osten bestimmten Truppentransporte, die Verhandlung mit dem Leipziger A.- und S.-Rat, die Besetzung des Waffendepots in der Artilleriekaserne und die sich daran anschließenden Kämpfe, die Verhaftung Ferchlandts u. a.

Auf die einzelnen Punkte der Anklage kommen wir in unserem Bericht gelegentlich der Beweisaufnahme zurück. Sie jetzt ausführlich zu behandeln, erübrigt sich demnach. Außerdem wäre die Darstellung, da sich nur der Angeklagte zur Sache äußerte, einseitig. — Die Verhandlung wurde um 2 Uhr vertagt.

Die Gasabgabe wird weiter ausgedehnt.

Mit Wirkung vom Mittwoch, den 12. November, ab wird die Gasabgabe ausgedehnt auf die Zeit von 5 bis 8 Uhr vormittags und 4½ bis 10 Uhr abends. Die Gasentnahme während der Sperrzeiten ist verboten.

— **Die Deutsche Volkspartei** hält heute, am Dienstag abend, um 8 Uhr im Saale des „Deutschen Hofes" (Franckestraße, unweit des Riebeckplatzes) eine Versammlung ab, zu der nicht nur die Parteimitglieder eingeladen, sondern auch Gesinnungsfreunde willkommen sind. Prof. Hein spricht über die Parteien und ihre Programme, Prokurist Heidenreich über die Vernehmungen Bernstorffs, Bethmanns usw. im Untersuchungsausschuß.

— **Post für die Gefangenen in Sibirien.** Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Nach den neueren Nachrichten nimmt der am 25. November 1919 von Kopenhagen nach Ostasien abgehende Dampfer der Ostasiatischen Kompagnie Pakete für Gefangene in Sibirien mit. Die Pakete sind in gewöhnlicher Weise zur Post zu geben mit dem Zusatz in der Aufschrift „Ueber Kopenhagen mit Dampfern der Ostasiatischen Kompagnie". Die Pakete müssen fest eingenäht sein und dürfen keinen leichtverderblichen Inhalt haben. — Der erste der vier Lazarettzüge, die zur Abholung unserer Gefangenen aus Rumänien bestimmt sind, geht voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche ab. Die anderen werden in Abständen von fünf bis acht Tagen folgen. Den Angehörigen ist Gelegenheit geboten, auf diesem Wege schriftliche Mitteilungen an die Gefangenen in Rumänien gelangen zu lassen. Für die Briefe sind zwei Umschläge zu benutzen. Der äußere muß die Aufschrift tragen: „An die Militär-Krankenverteilung Berlin SW. 11, Prinz Albrecht-Straße 3, für den Lazarettzug nach Rumänien", der innere muß Namen und Adresse des Kriegsgefangenen tragen und darf nicht verschlossen werden.

— **Der freihändige Verkauf von Schmalz durch die Fleischer sowie in den Feinkost- und Lebensmittelhandlungen** verstößt gegen die Bestimmungen der Speisefettverordnung vom 20. Juli 1916 und wird deshalb hiermit untersagt. Zuwiderhandlungen werden bestraft. Der Magistrat.

— **Deutschamerikanische Liebesgabe.** Eine große Freude wurde 10 hiesigen bedürftigen kinderreichen Familien von im Kriege gefallenen Hallensern zu Teil. Der Spatzvogelklub von St. Paul, Minnesota (Nordamerika), bestehend aus Mitgliedern aus allen deutschen Gauen, der sich zur Aufgabe gestellt hat, die Nahrungsmittelnot in den großen Städten der alten Heimat lindern zu helfen, übersandte der städtischen Kriegshinterbliebenenfürsorge eine Kiste mit Lebensmitteln, bestehend aus Speck, Schmalz, Schinken und Schlackwurst, die zu gleichen Teilen an bedürftige Familien verteilt worden sind. Diese Spende ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß unsere Landsleute jenseits des Ozeans trotz allem, was der Weltkrieg trennendes zwischen uns zu legen versucht hat, die Liebe zur alten schwergeprüften Heimat treu bewahrt haben. Möchte ihr hochherziges Beispiel auch bei anderen Auslandsdeutschen Nachahmung finden!

— **Prüfung von Gärtnerlehrlingen.** Die nächste Prüfung der Gärtnerlehrlinge in der Provinz Sachsen findet im März 1920 statt. Zugelassen werden alle Lehrlinge und jungen Gehilfen, die eine Lehrzeit von drei Jahren in einer Gärtnerei in der Provinz Sachsen beendet haben. Die Anmeldung zur Prüfung hat durch den Lehrherrn zu geschehen und ist bis spätestens Ende Januar 1920 an die Landwirtschaftskammer zu richten. Der Anmeldung sind beizufügen: 1. Eine Bescheinigung des Lehrherrn über die in der Lehrgärtnerei betriebenen Zweige des Gartenbaues, in welchen der Lehrling ausgebildet worden ist; 2. ein kurzgefaßter selbstgeschriebener Lebenslauf des Lehrlings; 3. eine vom Prüfling verfaßte Beschreibung der Lehrgärtnerei; 4. das letzte Schulzeugnis; 5. das gärtnerische Tagebuch, sowie vom Prüfling angefertigte Zeichnungen usw. in Fortbildungs- und Fachschulen. Die Prüfungsgebühr in Höhe von 15 Mark ist vom Lehrherrn gleichzeitig mit der Anmeldung an die Zentralkasse der Landwirtschaftskammer einzusenden. Grundsätze für die Prüfung der Gärtnerlehrlinge werden den Interessenten auf Wunsch kostenfrei von der Landwirtschaftskammer in Halle a. S. zugesandt.

— **Einlösung von Zinsscheinen per 1. Januar 1920 bei der städtischen Sparkasse.** Nach der am 1. Dezember 1919 in Kraft tretenden Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 24. Oktober 1919 dürfen Zinsscheine von inländischen Wertpapieren nur Banken oder Sparkassen zur Einlösung oder Gutschrift übergeben und zu diesen Zwecken angenommen werden, bei denen das ganze Wertpapier oder der Zinsscheinbogen mit dem Erneuerungsscheine hinterlegt sind. Von der Hinterlegung kann jedoch abgesehen werden, wenn der Eigentümer eine Bescheinigung des zuständigen Finanzamtes vorlegt, daß er ein Verzeichnis der betreffenden Wertpapiere in zweifacher Ausfertigung eingereicht hat. Es wird deshalb den Besitzern von Kriegsanleihen, die ihre Zinsscheine seither bei der städtischen Sparkasse eingelöst haben und künftig einlösen wollen, empfohlen, die Kriegsanleihestücke möglichst bald der Sparkasse zur Verwahrung und Verwaltung zu übergeben, damit bei Fälligkeit der Zinsscheine unliebsame Verzögerungen vermieden werden.

— **Einmalige Beschaffungsbeihilfe für Lohnempfänger im Bereich der Heeresverwaltung.** Die am 8. September in den Verwaltungsbehörden der Heeresverwaltung dauernd beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeiter und sonstige in einem arbeiter- oder unterbeamtenähnlichen Verhältnis stehenden Lohnempfänger erhalten nach Maßgabe einer Reihe von Einzelbestimmungen eine außerordentliche einmalige Beschaffungsbeihilfe, die beträgt: für Ledige unter 21 Jahren bis zu 200 M., für solche über 21 Jahre bis zu 400 M., für Verheiratete bis zu 600 M. und daneben für jedes zu berücksichtigende Kind bis zu 200 M. Die Sätze sind in der Regel voll zu zahlen. Die nur stundenweise beschäftigten Lohnempfänger erhalten einen Teilbetrag der Beschaffungsbeihilfe, der dem Verhältnis ihrer tatsächlichen wöchentlichen Arbeitsstunden zur Zahl 48 entspricht. — Auch Lehrlinge sind Arbeiter im Sinne dieser Vorschriften. Die Beihilfe wird in zwei gleichen Teilen, der erste sofort, der zweite in der ersten Hälfte des Monat Dezember gezahlt. Ein Rechtsanspruch auf die Beihilfe besteht nicht.

— **Bürgerverein Rosengarten.** Die letzte gutbesuchte Monatsversammlung beschloß die Gründung einer Feuerwehr für die Kolonie Rosengarten. U. a. nahmen die Mitglieder Kenntnis von den Bescheiden auf die Eingaben an verschiedene Behörden. Mit Bedauern wurde die abschlägige Antwort des Magistrats der Stadt Halle über die so dringend notwendige Weiterführung der Straßenbahnlinie 4 bis zur Stadtgrenze, dem Restaurant „Rosengarten", aufgenommen.

— **Ivo Puhonnys Künstler-Marionetten-Theater** spielt noch die ganze Woche einschließlich Sonntag im Mozartsaal (Weidenplan 29). Der Wochenspielplan ist aus dem gestrigen Inserat ersichtlich. Es empfiehlt sich, rechtzeitig Plätze zu belegen, da jede Vorstellung ausverkauft ist. (Karten bei H. Hothan.)

„H. Z." Sportberichte

— **Schülerfußballspiel.** Am letzten Freitag trafen sich die Fußballmannschaft der O III a der St. O. R. und die 1. Schülermannschaft des V. f. B.-Lettin auf dem V. f. B.-Platz im Gesellschaftsspiel. Das Spiel, das von der O III a von Anfang an mit großer Ueberlegenheit durchgeführt wurde, endete für diese mit 5 : 0. Die Angriffe der Lettiner scheiterten meist schon beim Mittelläufer. Nur der nicht in eine Schülermannschaft gehörenden Verstärkung, haben die Lettiner eine nicht höhere Niederlage zu verdanken.

— **Die Deutsche Turnerschaft** hat für die nächste Wettkampfausschußsitzung des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen eine Reihe von Anträgen eingereicht. Zunächst wünscht die D. T., daß ihr bei den Deutschen Kampfspielen 1921 statt des bisher vorgesehenen einen Tages deren zwei und zwar am 2. und 3. Juli zugewiesen werden. Verschiedene Anträge betreffen die Prüfungen zum Deutschen Sportabzeichen, das den Namen „Ehrenzeichen für Turnen und Sport" erhalten soll. — Die Ausführung der Wettkämpfe im Frauenturnen wird als Gebiet der D. T. von ihr in Anspruch genommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911111-15/fragment/page=0003
DFG

Provinz Sachsen

Ueber die Abgabe von Vieh an die Entente

werden in der „Ldw. Wochenschrift" nähere Mitteilungen gemacht. Danach ist bezüglich der Abgabe von Pferden unserer Provinz bis jetzt ein Lieferungssoll von 48 Hengsten und 2694 Stuten belgischen Schlages im Alter von 1½ bis 7 Jahren auferlegt worden. Man kann damit rechnen, daß die Preise sich etwa in gleicher Höhe der heutigen Handelspreise halten werden. Ein Fünftel der Pferde soll ein Stockmaß von 157—159 Zentimeter aufweisen, während der Rest mehr als 160 Zentimeter messen soll. An Rindvieh sind von der Provinz 8767 Kühe und Färsen sowie 134 Bullen aufzubringen. Der Feindbund verlangt Kühe, welche an der Sammelstelle, als welche Magdeburg in Frage kommt, 8—10 Liter Milch geben und 10—11 Zentner Lebendgewicht aufweisen!! Schafe soll die Provinz 14 000 Stück liefern, davon 12 000 Merinos und ungefähr 2000 englische Fleischschafe. Der Preis für ein Schaf ist auf 350 Mark bemessen worden. Ziegen sollen im ganzen etwa 1000 Stück aufgebracht werden, für die der Preis etwa 400—450 Mark betragen wird. Die Abgabe der Tiere seitens der Besitzer erfolgt in dem von dem Viehhandelsverband festgesetzten Verladeort. Von da an geht das Tier in den Besitz des Reiches oder dessen Beauftragten über und wird von diesem am Sammelplatz an die Abnahmekommission des Feindbundes abgegeben.

+ **Quedlinburg,** 10. November. (Kommunales.) In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurden den städtischen Beamten Beschaffungsbeihilfen (Verheiratete 1000 Mark, Ledige 600 Mark und für jedes Kind 200 Mk.) gewährt. Hilfskräfte erhalten die Hälfte. Arbeiter die staatlichen Sätze (600 Mark, 400 Mark und 200 Mark). Die Deckung der auf 417 000 Mk. veranschlagten Beihilfen soll durch eine Anleihe erfolgen. Von der sozialdemokratischen Fraktion ist der Antrag eingegangen, zum Ausgleich des Gehaltsunterschieds bei den Mittelschul- und Volksschullehrern den letzteren eine besondere Beschaffungsbeihilfe in Höhe von 480 Mark zu bewilligen. Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahmen die Vorlagen über die Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot ein. Es wurden da wieder rund 450 000 Mark für 8 Fachwerkshäuser mit 24 Wohnungen bewilligt und bei dieser Gelegenheit mitgeteilt, daß das Reich der Stadt Quedlinburg über 750 000 Mark Zuschüsse zuerkannt hat, mit deren Hilfe 127 Wohnungen errichtet werden konnten. Trotzdem ist die Wohnungsnot weiterhin erschreckend. Bis 1. Oktober hatten sich 266 Wohnungssuchende gemeldet. — Die Verbilligung der Lebensmittel hat der Stadt rund 165 000 Mk. Unkosten verursacht. — Genehmigt worden ist eine neue Vergnügungssteuer, die besonders die Kinos trifft. Bisher gingen von diesen 5000 Mark Steuern ein, nach den neuen Sätzen sollen es 30 000 Mk. sein.

— **Clausthal,** 10. Nov. (Zum Professor für Bürgerkunde) an der Bergakademie zu Clausthal wurde der Bergassessor Hackert, Berginspektor in Lünen, berufen. Hackert ist Steinkohlenbergmann und war zuletzt zur Leitung der Gewerkschaft Urania beurlaubt.

∧ **Erfurt,** 10. Nov. (Schleichkontrollen auf Bahnhöfen.) Auf Anregung des Eisenbahnbeamten-Ausschusses fand hier eine Besprechung mit Vertretern der Eisenbahndirektion über die von der Bundesleitung aufgestellten Richtlinien zur Bekämpfung des Schleichhandels und der Diebstähle statt. Seitens der Beamten und Arbeiter wird angestrebt, sofort Schleichkontrollen auf allen größeren Bahnhöfen zu errichten, um hierdurch die Schiebungen aller Sendungen einschließlich der Wagenladungen und der Stückgüter restlos zu erfassen. Mit der Eisenbahnbehörde wurde eine vollständige Einigung erzielt. Die Vorschläge werden dem Eisenbahnminister zur weiteren Entscheidung — evtl. zur Einführung in allen Eisenbahndirektionsbezirken — vorgelegt.

— **Leipzig,** 10. Nov. (Kraftverkehr Leipzig—Berlin.) Vom 12. November d. J. ab werden die sächsischen Staatseisenbahnen versuchen, täglich einen geheizten Kraftomnibus zwischen Leipzig-Hauptbahnhof und Berlin-Anhalter Bahnhof verkehren zu lassen, und zwar bis einschließlich 16. November d. J. Die Fahrten beginnen in Leipzig-Hauptbahnhof 7 Uhr vormittags. Die Rückfahrten vom Anhalter Bahnhof in Berlin vom 13. November ab gleichfalls 7 Uhr vormittags. Der Fahrpreis für die einfache Fahrt Leipzig-Berlin beträgt 150 Mk. Plätze für die Fahrten von Leipzig nach Berlin können bei der sächsischen Bahnhofsverwaltung Leipzig-Hauptbahnhof von vormittags 8 Uhr bis abends 6 Uhr vorausbestellt werden. Der Omnibus hat 20 Sitzplätze.

— **Apolda,** 9. Nov. (Beschlagnahme von Waffen.) Eisenbahnbeamte entdeckten auf dem Güterbahnhof an einem Möbelwagen, der von einer süddeutschen Station kam und nach Leipzig gehen sollte, einen kleinen Fehler, was zur Untersuchung des Wagens führte. Durch die Luftlöcher ließen sich Militärhelme erkennen. Nachdem man aus den Begleitpapieren und der Bezettelung festgestellt hatte, daß der Wagen Gegenstände für elektrische Beleuchtung enthalten sollte, wurde der Wagen geöffnet und darin neben Helmen noch Gewehre und andere militärische Ausrüstungsgegenstände gefunden, worauf man die Weitersendung verhinderte und die Eisenbahndirektion in Erfurt benachrichtigte.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem ✱ versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Aktiengesellschaften

Leipziger Spritfabrik A.-G. in Leipzig. Der Aufsichtsrat bringt die Verteilung einer Dividende von wieder 4 Proz. in Vorschlag. Der am 28. Nov. anberaumten Generalversammlung wird ein Antrag auf Uebergang des Unternehmens auf die Reichsmonopolverwaltung unterbreitet werden. Für den Fall der Ablehnung würde sich eine Statutenänderung notwendig machen, da auf Grund des Branntweinmonopolgesetzes ab 1. Oktober sämtliche Brennereien direkt an die Monopolverwaltung zu liefern haben.

— **Elektrische Kleinbahn im Mansfelder Bergrevier A.-G. in Berlin.** Infolge der starken Kohlenpreiserhöhungen, die seit dem 9. Oktober d. J. einschließlich der Frachterhöhung nicht weniger als 90,80 M. je Tonne betragen, hat die Gesellschaft den Teuerungsaufschlag auf die Preise für elektrischen Strom von 100 auf 140 Prozent erhöht.

— **Aktien-Malzfabrik Eisleben.** In dem am 31. August cr. abgelaufenen Geschäftsjahr erbrachte die Lohnmälzerei 266 357 Mark (i. V. 225 368 M.). Der Reingewinn beträgt 52 674 M. (65 307 M.), aus welchem bekanntlich eine Dividende von wieder 8 Prozent = 44 000 M. zur Verteilung gelangt. An Tantiemen wurden 13 519 M. (4556 M.) verteilt und auf neue Rechnung 4119 M. (7788 M.) vorgetragen. Nach der Bilanz betragen Bankguthaben 239 226 M. (352 862 M.), Debitoren 115 185 M. (41 423 M.) und Kreditoren 44 841 M. (29 691 M.).

Industrie, Handel Handwerk,

Verband Mitteldeutscher Tiefbohrunternehmer. Unter diesem Namen, mit dem Sitz in Halle schlossen sich die Tiefbohrgesellschaften und Einzelunternehmen Mitteldeutschlands zusammen.

— **Aus der Sonneberger Spielwarenindustrie.** Nicht nur aus dem neutralen Auslande, sondern namentlich auch aus England und Amerika sind in der letzten Woche im Sonneberger Bezirk zahlreiche Einkäufer für Spielwaren eingetroffen. Leider kann die Spielwarenindustrie aus Mangel an Rohstoffen ihre Leistungsfähigkeit nicht voll ausnützen. So litt sie z. B. in letzter Zeit stark unter Mangel an Spiritus.

Neue Preiserhöhung für Kupferbleche. Der Kupferblechverband erhöht den in der Vorwoche um 100 Mk. hinaufgesetzten Grundpreis für Kupferbleche mit Wirkung ab 15. November abermals um 200 Mk. je 100 Kg., so daß er dann 1050 Mk. je Doppelzentner betragen wird.

Erhöhung der Hefepreise. Der Verband deutscher Preßhefefabrikanten erhöhte ab gestern die Hefepreise um 1,30 Mk. pro Kilo.

Interessengemeinschaft in der Mälzer-Industrie. In der Hauptversammlung der Dresdener Maisfabrik König wurde die Verwaltung ermächtigt zum Abschluß eines Vertrages, durch den verschiedene Mälzereien zu gemeinsamer Betätigung in den Geschäftszweigen der Malz-, Nahrungs- und Futtermittel-Herstellung zusammengeschlossen werden. Die Verwaltung wurde davon entbunden, nähere Mitteilungen zu machen, um welche Gesellschaften es sich dabei handelt. Wie unser Veretreter hört, sollen dafür auswärtige Betriebe in Frage kommen.

✱ **Wagengestellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle (Saale) (einschließlich der anschließenden Privatbahnen) wurden am 6. d. M. für Kohlen, Koks, Briketts und Naßpreßsteine gestellt 3793 Wagen zu 10 To., nicht gestellt 3401 Wagen zu 10 To. und am 8. d. M. für Kohlen, Koks, Briketts und Naßpreßsteine gestellt 4359 Wagen zu 10 To., nicht gestellt 2586 Wagen zu 10 To.

Verkaufsorganisation zwischen Krupp und belgischen Industriefirmen. Zwischen der Firma Krupp in Essen und zwei belgischen Großindustriefirmen wird eine besondere Verkaufsorganisation gebildet, um die beiderseitigen Fabrikate in Eisenbahnmaterial auf dem europäischen Markt gegen die amerikanische Konkurrenz zu schützen. Von amerikanischer Seite werden aber alle Anstrengungen gemacht, um die Vorteile der deutsch-belgischen Organisation, die in der Ausnützung der Valuta liegen, durch sichere Lieferfristen und mehrjährige Kredite auszugleichen. Drahtungen aus Amerika bestätigen die Kreditgewährung auf ausgedehnter Grundlage.

✱

— **Mittellandkanal — Elster-Saale-Kanal.** Der sächsische Handels- und Gewerbekammertag nahm eine Entschließung an zugunsten der Südlinie des Mittellandkanals von Hannover zur Elbe sowie des Elster-Saale-Kanals und fordert, daß deren Vollendung und Ausbau schleunigst in Angriff genommen werden. Sachsen erlangt mit Hilfe des Elster-Saale-Kanals auf kürzestem Wege die ersehnte Wasserverbindung mit Rheinland, Westfalen und Bremen. Die Südlinie bringt aber auch eine Wasserverbindung mit dem mitteldeutschen Industrierevier.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Unterstützt durch den ruhigen Verlauf des Revolutions-Gedenktages, zog die Aufwärtsbewegung an der Börse heute weitere Kreise mit sich. Das Geschäft war auf fast sämtlichen Marktgebieten recht lebhaft, und es ergaben sich fast durchgängig recht bemerkenswerte neue Kurssteigerungen. Die führende Rolle spielten bei großen Umsätzen wiederum Montanwerte unter Bevorzugung von Gelsenkirchen und Deutsch-Luxemburger und später Phönix-Aktien bei Kurserhöhungen von 6 bis 10 Prozent für diese und von 3 bis 5 Prozent für die anderen Werte. Die anfangs ruhig liegenden Schiffahrtsaktien stiegen später um 3 bis 10 Prozent. Letzterer Satz gilt für Hansa. Auch chemische und Elektrizitäts-Aktien wurden später bis 8 Prozent in die Höhe gesetzt. Ebenso erzielten Spezialwerte durchweg neue wesentliche Kurssteigerungen, so besonders Hirsch-Kupfer, Gebrüder Böhler, Orenstein u. Koppel, Zellstoff Waldhof, Buderus, Anglo Guano und Deutsch-Ueberseeische Elektrizitätsaktien, bei den drei letzteren über 10 Prozent. Im freien Verkehr stiegen Kanada ungefähr 25 Prozent. Petroleum- und Kolonialwerte lagen bei mäßig gebesserten Kursen ruhig. Ausländische Werte lagen unter Bevorzugung von französischen durchweg fest mit Ausnahme der um 10 Prozent niedrigeren Türkischen Tabakaktien. Die Steigerung der Kriegsanleihe bis 79% beeinflußte den heimischen Rentenmarkt günstig. Oesterreichische und ungarische Renten lagen bei stillem Geschäft fest. Trotz vereinzelter Schwankungen erhielt sich die ausgesprochen feste Grundstimmung auch später.

Produktenbericht. Am Hafermarkt bleibt die Tendenz sehr fest, was sich mehr für Ware zur Abladung, als für greifbare Ware ausspricht. Erbsen sind in größeren Mengen sehr schwer zu kaufen. Peluschken und Pferdebohnen sind bei sehr hohen Preisen etwas angeboten. Auch für Wicken, Lupinen, Serradella, Heu und Stroh bleibt die Marktlage recht fest.

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte	
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	77 30
5% Deutsche Reichsanl.	79,25
4 " "	70,—
3½ " "	63,—
3 " "	62,25
4 Preuss. Konsols	68,60
4½ " "	61,—
4 " "	55,75
4 Charl. Stadtanl. 89 99	—,—
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	—,—
4 Sächs. Neulandsch.-Pfandbriefe	—,—
4 Preuss. Centr. Bod.-Pfandbriefe	99,60
4 Preuss. Hypot. Bank-Pfandbriefe 1911	99,—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	—,—
4 " "	—,—
Ausländ. Werte	
4 Oesterr. Kron.-Rente	32 75
4 Ungar. Gold-Rente	66,70
4 Ungar. Kronen Rente	30,20
Eisenbahn-Aktien:	
Halberstadt-Blankenb.	85,50
Halle-Hettstedter	68,—
Schantungbahn	195 25
Allg. Lokal-Str	147 25
Gr. Berl. Str	118⅝
Magdeburger Str.-B.	—,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	450,—
Orientbahn	250,—
Schiffahrts-Akt.:	
Hambg. Paketfahrt	196 25
Hambg.-Südamerika	225 —
Hansa-Dampfschiff	314,—
Nordd. Lloyd	128 75
Banken:	
Bank für Thür.	155,—
Berl. Handelsges.	161,—
Comm. u. Diskontobank	137,—
Darmstädter Bank	120,50
Dess. Landesbank	—,—
Deutsche Bank	247 00
Diskonto-Comm.	175,75
Dresdner Bank	149.50
Credit-Anst. Leipzig	140,—
Mitteld. Kreditbank	129 50
" Privat-Bank	124 75
Nationalbank	124,—
Oesterr. Kredit	115⅞
Reichsbank	152,—
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	264,—
Akt. f. Anilin	319 —
Allgem. Elektr.-Ges.	238 50
Ammendorfer Papierf.	540,—
Anhalter Kohlenw.	215,—
Annaberger Steingut	218,—
Badische Anilin	465,—
Bergmann Elekt.-Akt.	179½
Berl. Masch.-Bau	285,—
Bismarckhütte	270,—
Bochumer Gußstahl	235 50
Chem. Fabrik Buckau	143,—
Chem. Griesheim	251,—
Chem. v. Heyden	272,—
Consolidation Schalke	245,—
Cröllwitzer Papierfabr.	217,—
Daimler-Motoren	209,—
Deutsch-Luxemburg	197,50
Deutsche Uebersee-El.	454,—
Deutsche Erdöl	407,—
Deutsche Gasglühl.	624,—
Deutsche Kali	238,—
Deutsche Waff. u. Mun.	274 50
Donnersmarckhütte	271 50
Döring u. Lehmann	134,75
Dürkoppwerke	345,—
Elberfelder Farben	382 —
Felten u. Guilleaume	243 75
Gasmotoren Deutz	169.50
Gebhardt u. Co.	—,—
Gebhardt u. König	152,—
Gelsenkirch. Bergb.	254 70
Glanziger Zuckerfbr.	303 75
Hallesche Masch.-Fabr.	398,—
Hann. Masch.	272,—
Harpener Berg	236,—
Hasper Eisen	197,—
Hirsch Kupfer	293,—
Höchster Farbw.	376,—
Hoesch Eisen u. Stahl	252 75
Hohenlohe-Werke	158,—
Humboldt-Masch.	157 50
Ilse-Bergbau	379,—
Kahla-Porzellan	392,—
Kaliw. Aschersleben	223,—
Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Kyffhäuserhütte	—,—
Lahmeyer u. Co.	143,—
Landw. Bank d. Pr. Sa.	—,—
Lauchhammer	179.75
Laurahütte	185 50
Linke u. Hofmann	336 —
Ludwig Loewe u. Co.	284 00
Lothringer Hütte	184⅞
Mannesmannröhren	226,—
Maschinenfabr. Buckau	170,—
Ober-schl. Eisenb. Bed.	159⅝
do. Caro Heg.	177,—
do. Kokswerke	273 —
Orenstein u. Koppel	224 50
Phönix-Bergb.	311,—
Rhein. Metall-Vorz.	222,75
Rhein. Stahlwaren	184 —
Riebeck Montan	277 50
Rombacher Hütten	175,—
Rositzer Braunk.	164,—
Rositzer Zucker	169 50
Sangerhäuser Masch.	287,—
Hugo Schneider u. Co.	219 75
Schuckert u. Co.	150.25
Siemens u. Halske	230,—
Stettiner Chamotte	234.75
Stettiner Vulkan	197,00
Stollberger Zinkh.	197.75
Strals. Spielkarten	295,—
Thale-Eisenhütte	287,50
Triptis-Akt.-Ges.	198 50
Türkische Tabakregie	788,—
Ver. Köln-Rottweiler	232 —
Glanzstoff Elberf.	672,—
Wegelin u. Hübner	477,—
Wersch. Weissenf. Brk.	—,—
Westeregeln-Alkali	340,—
Wittener Gußstahl	355,—
Wrede-Mälzerei	120,—
Zeitzer Masch.	445,—
Zellstoff Waldhof	227,—
Otavi-Minen	346,—

Tendenz: fest.

Auslandsnotierungen:

Chikago, 8. November. Weizen: November —,—, Nov. 26.45, Dezbr. 1.7³/₈, Mai 126¹/₈. Schmalz: November —, Januar 24.77. Pork: Nov. —,—, Januar 34,55. Rippen: November 18,50, Januar 18,50. Hafer: November 70⁷/₈, Januar —,—, Mai —.
New-York, 8. November. Winter- und Sommerweizen: —. Mais: loko 1.3.75. Mehl: 9,25—10,25. Schmalz: 27,—. Zucker: —. Kaffee: 17,⁷/₈.

Hafernotierungen:

Berlin, 10. Novbr. Inländischer Hafer für 1000 kg in M. loko ab Speicher frei Wagen 1600—1660, loko ab B... 1640. Tendenz fest.

Auszahlungen.

Berlin, 10. November.

	Geld	Brief		Geld
Holland	1344,—	1346,—	Oesterreich abgst.	32,75
Dänemark	756,75	758,25	Prag	70,65
Schweden	828,25	830,75	Ungarn	25,95
Norwegen	803,25	804,75	Spanien	692,00
Schweiz	639,50	640,50	Finnland	137,25
Oesterreich	35,45	35,55		

✱

Okt.-Nov.	30	31	1	3	4
Kopenhagen	15,50	15,15	15,15	14,75	14,60
Stockholm	14,00	13,75	13,75	13,75	13,60
Zürich	18,25	17,90	18,00	17,60	16,00
Amsterdam	8,47½	8,45	8,42½	8,10	7,52½
Wien	375,00	360,00	—	340,00	330,00

Gewinn-Auszug

der

14 Preuss.-Südd. (240 Preuss.) Klassen-Lotterie

5. Klasse 1. Ziehungstag 6. November 1919

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen

2 Gewinne zu 30000 M 152330
2 Gewinne zu 10000 M 194252
8 Gewinne zu 5000 M 98287
84 Gewinne zu 3000 M 456 2057 4767 8443 17613 23131
86551 36843 36630 54506 72647 76143 78582 78744 84930 91241
110504 115175 117373 119426 122139 123044 126400 129774
138268 141706 146211 152514 156261 160818 164093 192054
205237 207099 210239 212158 212394 215764
38 Gewinne zu 1000 M 2443 11784 15086 16533 19032
22494 23390 24729 25440 29581 30311 45105 59424 62992 63998
70788 74425 74515 79227 79844 81282 85309 89202 93914 91191
96114 103921 104316 108436 112298 113454 114008 117187
118371 118593 137259 137601 150550 150811 152494 154552
166876 168845 175596 180633 181781 188842 191064 194270
201548 203078 205070 206172 208257 215017 215174 217381
221970 222475 227454 229481 232527
214 Gewinne zu 500 M 1101 2499 5631 5758 7293 7478
10199 11151 11906 14406 20329 23528 25944 25319 28765 32123
35830 36768 39194 39427 41205 41206 45303 46748 48768 51865
65912 76004 76920 77611 83621 84036 84679 86775 88528 83837
90142 90213 91849 93377 96403 98578 99572 100103 100173
101280 103058 104862 110449 114502 114898 116393 122536
127413 129105 131744 131780 132288 134082 134736 136765
139812 142318 147769 148211 148809 150710 152919 164282
172430 172993 193423 178393 181393 181481 181827 185439
195982 192934 200564 201932 202504 203247 203474
206546 212798 213814 214212 216335 218046 219202 222559
225319 228301 229057 233373

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen

2 Gewinne zu 15000 M 194637
4 Gewinne zu 10000 M 60224 83547
6 Gewinne zu 5000 M 57307 141538 158781
76 Gewinne zu 3000 M 11437 13638 13979 14575 22745
29121 34023 37853 46378 47761 50152 56957 63536 72824
90797 101267 107610 107912 114498 116404 136056 140848
144109 153484 155275 157232 160449 169323 178483 188070
203328 228445 232501 233958
122 Gewinne zu 1000 M 1265 13018 23201 25093 26592
38845 47795 52295 56779 63380 65291 65934 68004 73185 75863
107717 107835 113119 119884 120303 121704 121747 127590
144182 147310 148668 150431 150757 151273 156761 157670
160005 165181 167490 168750 169764 170189 171740 175148
188908 189094 192561 195990 199278 199468 203311 203410
210436 215409 217056 219154 219704 220494 228262
202 Gewinne zu 500 M 4813 8752 11055 11917 12481
14886 15092 16217 17661 17677 18791 19547 24430 29881 36744
39923 40844 40993 41743 44499 46645 50189 51012 51572 52137
58894 60978 62537 69709 70900 78820 82949 83100 83513 84572
87606 88023 88387 92427 96620 93063 100247 103269 105307
111838 119238 132761 133605 142208 143205 144157 148431
151626 151828 157074 157661 159620 162733 164286 165308
170984 171254 171303 171438 172280 175254 179400 180643
184422 185023 187709 192863 193073 194434 195456 198219
200679 202914 203279 204114 208908 209221 219193 222347
223540 223819 224446 226874 228584 229476 232232

Zweiter Ziehungstag

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen

4 Gewinne zu 10000 M 175106 182558
2 Gewinne zu 5000 M 123625
66 Gewinne zu 3000 M 923 9318 15129 22557 23330 34982
67415 68718 73400 74528 75945 84631 86995 95820 99330 102189
117806 119330 148145 150920 152100 157995 158202 158893
166165 173568 191428 198445 198469 205107
178 Gewinne zu 1000 M 2059 2172 7872 7975 8671 16068 19832
26559 26870 27168 33847 34725 36543 37835 38896 40358 41515
49801 58971 59840 61182 64046 64977 65401 66342 73917 80302
86191 90121 91515 94446 96322 97409 98443 99671 101743
110321 112297 133361 137307 138439 146701 148748 151219
158073 157809 158052 158844 162044 162753 162834 166088
171057 172303 172314 172898 183050 185722 186262 190827
196838 199351 200989 201537 201961 203108 204059 211899
213853 215181 220169 221544 223093 227447 227459 228053
229559 230780 232204 233891
220 Gewinne zu 500 M 351 1466 6599 7774 7983 10083
12865 13574 14082 15210 22039 26083 27482 32496 34384 35455
86118 37465 38744 41275 41289 41539 41897 44690 49295 51747
58932 59357 62684 63185 64701 67275 68091 69210 80441 87650
89139 90398 91478 94752 95005 95947 97776 99291 102084 106348
109459 109541 110422 133311 114643 114756 115048 117811
125224 126820 129228 151793 133343 134769 135806 137103
141540 142463 148150 151173 153976 155404 157713 160578
163239 165877 169754 171581 174343 175263 176566 178759
186287 188985 187551 191306 191310 198791 198989 201411
210715 212024 215502 215538 217866 218132 218666 222713
227479 228972 230266 232535 232892

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen

2 Gewinne zu 100000 M 156650
4 Gewinne zu 15000 M 113280 121806
2 Gewinne zu 10000 M 151038
2 Gewinne zu 5000 M 155038
100 Gewinne zu 3000 M 3923 9194 15987 22300 27819
30266 32809 41513 42272 47063 49415 58678 64787 85516 71502
78687 100691 103095 105985 110433 113185 114960 115410
116942 117942 120442 123326 125895 134127 134352 134884
150106 157418 163414 165707 167001 171995 175163 180659
197925 201750 204766 214971 221215 230313
170 Gewinne zu 1000 M 1718 5809 9390 9472 10529
14208 18618 22865 23702 24619 36012 36350 37951 39365 40745
45963 51079 54784 57513 59383 59369 62126 64102 68649 70062
73702 73992 77609 78754 94186 106036 106302 108575 108718
113213 118228 126236 128643 129068 131234 131341 132441
136075 139453 141088 141432 145521 152439 154998 154365
160505 162797 164063 166333 167033 168172 172737 174755
184661 184732 187649 18[illegible]947 192433 19[illegible]253 198733 203991
205800 215053 218116 218979 221354 223651 224132 224343
232214
244 Gewinne zu 500 M 167 895 1627 3125 4956 5595 6393
9046 11276 11578 12834 13198 15338 20377 23103 23431 28655
32132 37131 38968 40396 42298 44743 44803 47696 43955 50630
51518 51924 56153 52722 57778 59716 61065 62078 62814 63525
66292 68357 68957 70859 71698 73799 75955 79056 81376 83697
85867 86404 88064 88179 89226 89845 90670 93017 93344 103611
105083 105789 107054 109679 109709 111167 111427 111725
113490 114467 114864 117259 120789 121455 122248 130712
132362 138080 138864 139447 140912 141923 144414 147191
154055 154223 156802 163311 162348 163538 165411 171482
187137 189197 194080 197417 199375 200872 201734 202017
204121 205896 215587 216076 216247 218177 218742 219594
222636 22[illegible]127 227202

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher, für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Helling, für den gesamten übrigen redaktionellen Teil Adolf Meyer. Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911111-15/fragment/page=0004
DFG